

05.05.2012

Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst am Freitag in Eupen vorgestellt

DG: Gewerkschaften verzichten auf Protest

Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz haben DG-Unterrichtsminister Oliver Paasch (ProDG) und Vertreter der beiden großen Gewerkschaften CSC und FGTB am Freitag in Eupen über die Sparmaßnahmen im von der DG abhängigen öffentlichen Dienst informiert.

Bis zum endgültigen Abschluss der Gespräche müssen nur noch technische Details geklärt werden. »Wir erkennen die Bemühungen der Regierung an, die Sparmaßnahmen sozial verträglich zu gestalten. Aus diesem Grund verzichten wir auf weitere Protestaktionen und gewähren den sozialen Frieden«, sagte Guido Reuter, CSC-Sekretär für Unterricht und öffentlichen Dienst. Ähnlich äußerte sich auch Olaf Bodem, der Regionalsekretär der CGSP (FGTB). »Wir haben uns auf diese Resultate verständigt, mehr aber nicht«, erklärte Bodem. Die Sparmaßnahmen sehen eine befristete Kürzung der Baremen um zwei Prozent sowie eine Reform des Krankheitsurlaubes vor. Die Bestimmungen werden im Krisendekret 2012 verankert - dieses soll Mitte Juli vom Parlament der DG (PDG) verabschiedet werden. »Auf diese Weise erreichen wir alle unsere finanzpolitischen Ziele, wenn es bis 2015 nicht zu einer weiteren Rezession kommt«, sagte Paasch, der die Sparanstrengungen der DG bis 2019 auf knapp 70 Millionen Euro bezifferte. n 8 & 9

DG-Regierung und Gewerkschaften beenden Konzertierung über Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst

Keine Einigkeit, sondern »Verständigung«



Guido Reuter (CSC), Oliver Paasch (DG-Minister) und Olaf Bodem (CGSP, von links) bei der Pressekonferenz gestern in Eupen.

Von Christian Schmitz

Im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz haben DG-Unterrichtsminister Oliver Paasch (ProDG) und Vertreter der beiden großen Gewerkschaften CSC und FGTB am Freitag in Eupen über die Sparmaßnahmen im von der Deutschsprachigen Gemeinschaft abhängigen öffentlichen Dienst informiert. Nur noch technische Details müssen vor dem endgültigen Abschluss der Verhandlungen geklärt werden.

Die Gewerkschaften machten bei diesem Termin deutlich, dass sie keinesfalls mit den Maßnahmen einverstanden sind: »Wir erkennen aber die Bemühungen der Regierung an, diese Schritte sozial verträglich zu gestalten. Aus diesem Grund verzichten wir auf weitere Protestaktionen und gewähren den sozialen Frieden«, sagte Guido Reuter, CSC-Sekretär für Unterricht und öffentlichen Dienst.

Kein Abkommen

Ein Abkommen, das diesen Namen wirklich verdient, wurde aber nicht unterschrieben. Vielmehr unterzeichneten Guido Reuter und Olaf Bodem, der Regionalsekretär der CGSP (FGTB), ein Protokoll der Verhandlungsergebnisse. »Wir haben uns auf diese Resultate verständigt, mehr aber nicht«, erklärte Bodem.

Ohnehin waren der DG-Minister und die Vertreter der Arbeitnehmer während des Pressetermins nicht immer einer Meinung. Oliver Paasch sprach von »kontroversen, aber konstruktiven« Gesprächen. Die Regierung habe in den letzten Wochen gewisse Zugeständnisse gemacht. Er betonte erneut, dass die DG wegen der weltweiten Krise und dem höheren Verantwortlichkeitsbeitrag an den Föderalstaat - dieser Betrag steige bis zum Jahr 2030 auf etwa 2,5 Millionen Euro - zum Sparen verurteilt sei. Die haushaltspolitischen Ziele der Regierung rief er ebenfalls in Erinnerung: ausgeglichener Haushalt bis zum Jahr 2015, Begrenzung der krisenbedingten Neuverschuldung auf ein Minimum und Vorbereitung der DG auf die Schuldenbremse, die ab 2019 Investitionen über anrechenbare Schulden verbietet. Die nötigen Sparmaßnahmen habe man von Anfang an so sozial verträglich wie möglich gestalten wollen. Die Regierung habe deshalb einen offenen Dialog mit den Betroffenen (den Gewerkschaften) angestrebt. »Ganz wichtig dabei war, dass wir auf einen Stellenabbau verzichtet haben - im Gegensatz zu anderen Regionen«, so Paasch.

Die Sparmaßnahmen sehen eine befristete Kürzung der Baremen um zwei Prozent sowie eine Reform des Krankheitsurlaubes vor. Zu der ursprünglich geplanten zeitlichen Aussetzung der Annalen und Biennalen (zusätzliche Lohnsteigerungen für Beschäftigte im öffentlichen Dienst) wird es dagegen nach den Gesprächen mit den Gewerkschaften nicht kommen. Vielmehr wird eine (unbefristete) zusätzliche Biennale mit 59 Jahren gewährt, während auch der gemeinschaftliche Vorruhestand im Unterrichtswesen aufrecht erhalten wird (siehe »Hintergrund« auf Seite 9). Die Sparmaßnahmen werden im Krisendekret 2012 verankert - dieses soll Mitte Juli vom Parlament der DG (PDG) verabschiedet werden.

»Auf diese Weise erreichen wir alle unsere finanzpolitischen Ziele, wenn es bis 2015 nicht zu einer weiteren Rezession kommt. Außerdem wird das Dekret zur Aufwertung des Lehrerberufes in dieser Legislaturperiode integral umgesetzt.« Beispielsweise würden die Einstiegsgehälter erhöht, sodass die DG schließlich die höchsten in ganz Belgien erreiche. »Und eine weitere Schlussfolgerung bleibt wichtig: Keine Gemeinschaft in Belgien investiert so viel in Bildung wie wir«, sagte Paasch.

Naturgemäß zeigten sich die Gewerkschaften nicht ganz so zufrieden: »Die Maßnahmen sind immer noch schmerzlich, auch wenn sie sozial verträglicher als die zeitweilige Aussetzung der Annalen und Biennalen sind. Bei einem Nettogehalt von 2000 Euro verliert ein Personalmitglied insgesamt aber immer noch rund 2400 Euro«, rechnete Guido Reuter vor. Verluste müsse man auch bei der neuen Krankheitsregelung hinnehmen. »Dies alles macht unser Einverständnis unmöglich.«

Positive Elemente

Zusammen mit Olaf Bodem unterstrich Reuter aber auch die positiven Elemente: eine zusätzliche Biennale ab 59 Jahren und die Aufrechterhaltung des gemeinschaftlichen Vorruhestandes. Zufrieden sind die Gewerkschaften auch darüber, dass die Regierung ihre Absicht bekundet hat, die Baremenanpassung vorzeitig auslaufen zu lassen, falls die finanzpolitische Situation dies zulässt. »Wir hoffen natürlich, dass es in der DG nach einem ersten Krisendekret im Jahr 2010 und einem zweiten in diesem Jahr nicht irgendwann ein drittes Krisendekret geben wird. Dies würde dann griechische Verhältnisse in Erinnerung rufen«, sagte Bodem.

Sparmaßnahmen der DG bis zum Jahr 2019

Anstrengung von knapp 70 Mio. Euro

Von Christian Schmitz

Die Deutschsprachige Gemeinschaft wird bis zum Jahr 2019 eine Sparanstrengung von knapp 70 Millionen Euro unternehmen. Dies hat DG-Unterrichtsminister Oliver Paasch (ProDG) am Freitag im Rahmen einer Pressekonferenz mit den Gewerkschaften erklärt, bei der es um die Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst ging (siehe dazu auch Seite 8).

Innerhalb der nächsten sieben Jahre liege die Sparanstrengung bei 67,1 Millionen Euro, davon 6,5 Millionen Euro für die Mehrkosten, die im Rahmen des höheren Verantwortlichkeitsbeitrages an den Föderalstaat auf die Deutschsprachige Gemeinschaft zukommen.

Im Bereich der Infrastrukturausgaben liege die Sparanstrengung bei insgesamt 34,68 Millionen Euro (51%), während 32,51 Millionen (49%) im Bereich der laufenden Kosten gespart werden. 22,51 Millionen Euro werden bei den laufenden Ausgaben über geringere Funktionskosten aufgebracht.

Diese Funktionskosten (unter anderem für die Regierung, die Außenbeziehungen und die Kommunikation) werden im laufenden Jahr um zehn Prozent gekürzt und danach bis zum Jahr 2015 eingefroren, sodass sich eine Reduzierung von insgesamt 15 Prozent ergebe.

Die Dotationen für paragemeinschaftliche Einrichtungen werden in den Jahren 2013 und 2014 auf den Stand von 2012 eingefroren. Für einige Partner im Kultur- und Sozialbereich wird 2015 eine »Nullrunde« gefahren: Dann wird es die gleiche Dotation wie 2014 geben.

Ungeachtet der Baremenanpassung würden die Gehälter auf Grund der im jetzigen System zu erwartenden Indexentwicklung zwischen März 2012 und Juni 2014 um insgesamt sechs Prozent anwachsen (zuzüglich der Annalen und Biennalen). Zusammengefasst stiegen die Gehälter zwischen März 2012 und 2019 auf Grund der im jetzigen System zu erwartenden Indexentwicklung um rund 20 Prozent, sagte DG-Unterrichtsminister Oliver Paasch.